

Wie es 1917 zum "Nationalen Block" kam

Autor(en): **Meier-Kern, Paul**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde**

Band (Jahr): **97 (1997)**

PDF erstellt am: **24.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-118392>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wie es 1917 zum «Nationalen Block» kam

von

Paul Meier-Kern

Im Herbst 1917 standen in der Schweiz National- und Ständeratswahlen vor der Tür. Es sollten die letzten nach dem Majorzsystem sein. Sie wurden geprägt von wirtschaftlichen Schwierigkeiten und starken sozialen Spannungen. Grosse Teile der Bevölkerung, vor allem in den Städten, lebten in sehr bescheidenen Verhältnissen, die durch die Last der Grenzbesetzung zusätzlich verschärft wurden. Eine Verdienstaufschlagentschädigung gab es nicht, der Lebenskostenindex stieg, die Arbeiter erlitten eine Reallohneinbusse. Alle diese Faktoren führten zu einer auch parteipolitischen Polarisierung. Die Arbeiterschaft suchte Schutz und Hilfe bei der Sozialdemokratischen Partei, die sich 1914 allerdings einem «Burgfrieden» gefügt hatte. Da dieses Stillhalteabkommen der Parteien aber durch die ökonomischen Realitäten untergraben wurde, gewannen militante Strömungen in der Sozialdemokratie die Oberhand; der Kampf gegen die bürgerlichen Kriegsregierungen («Zimmerwalder-Konferenz» 1915) und Militärverdrossenheit führten Teile der SP Schweiz zur Bekämpfung der Militärkredite. Dieser Parole folgten die 17 SP-Vertreter im Nationalrat allerdings nur zum Teil: acht Militärgegnern standen neun Befürworter der Landesverteidigung gegenüber, darunter die beiden Basler Vertreter Eugen Wullschleger und Johannes Frei.

In Basel war die Gegnerschaft gegen das Militär bei den Sozialdemokraten besonders ausgeprägt und wurde vom «Basler Vorwärts» und seinem militanten Redaktor Friedrich Schneider (seit Juli 1917) eifrig unterstützt. Für oder gegen die Militärkredite, für oder gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem: unter diesen Schlagworten sollten schliesslich die Nationalratswahlen in Basel stehen. Bürgertum gegen Sozialismus lautete die Devise, die zur Bildung zweier «Blöcke» führen sollte.

Die Ausgangslage

Wie zeigte sich nun aber die parteipolitische Situation in Basel? Im Frühling 1917 hatten Grossrats- und Regierungsratswahlen stattgefunden. Die Resultate der nach Proporzsystem (seit 1905) durchgeführten Grossratswahlen waren die folgenden:

<i>Parteien</i>	<i>Sitze</i>	<i>%</i>	<i>Nationalräte (1914)</i>
Freisinnige	20	15,4	2
Liberalen	18	13,8	2
Fortschrittliche Bürgerpartei	16	12,3	1
Kath. Volkspartei	15	11,5	–
Sozialdemokraten	59	45,4	2
Demokraten	2	1,5	–

Die freisinnigen Vertreter waren Christian Rothenberger und Emil Göttisheim, die liberalen 1914 Isaak Iselin und Carl Christoph Burckhardt. Dieser wurde im April 1915 durch Regierungsrat Paul Speiser ersetzt. Die Sozialdemokraten hatten 1914 drei Vertreter: Bernhard Jäggi, Johannes Frei und Eugen Wullschleger. Jäggi trat Ende 1916 zurück, weil er sich nicht allen Parteibeschlüssen fügen wollte und die genossenschaftlichen Ideale höher als den Primat der Arbeiterbewegung einstufte. Sein Nachfolger hiess Rudolf Gelpke, der der Bürgerpartei nahestand und von den Liberalen und den Freisinnigen unterstützt wurde. Die Katholiken plädierten aber für Wahlenhaltung. Die Sozialdemokraten sprachen von einer «Würgeallianz», denn ihr Kandidat Franz Welti wurde nicht gewählt.

Ständerat war seit 1914 der Freisinnige Paul Scherrer.

Eine bürgerliche Allianz?

Den ersten Hinweis auf eine bürgerliche Allianz finden wir am 22. August 1917 im «Vorwärts». «Politische Perspektiven» ist der Titel des Leitartikels, höchstwahrscheinlich von Schneider, in dem

¹ Quellen, ungedruckt:

– Archiv der Christlich-Demokratischen Volkspartei Basel-Stadt, Protokollbuch 1912–1924, Staatsarchiv Basel-Stadt (StABS), Privataarchiv (PA) 947.

– Archiv der Fortschrittlichen Bürgerpartei Basel-Stadt, Zentralkommission, Parteivorstand 1914–1934, B 1, StABS PA 717.

– Archiv der Sozialdemokratischen Partei Basel-Stadt, Protokolle 1917–1920, StABS PA 716, F 9.

behauptet wird, dass sich «unter der heute noch ziemlich glatten Oberfläche allerlei vorbereitet». Ziel des Angriffs ist der freisinnige Parteipräsident Victor Emil Scherer, der sich am Parteitag der Freisinnigen am 17. August als sturer Gegner des Proporz für die Nationalratswahlen profiliert hatte (National-Zeitung 20.8.17). Freisinnige und Liberale Basels – so fährt Schneider fort – seien in Bern übervertreten, dabei hätten die letzten Grossratswahlen gezeigt, «dass ihr (der Sozialdemokratischen Partei) das durch die bürgerliche Würgallianz im Februar entrissene Mandat gehört». Auch die Katholiken, die bis jetzt nicht vertreten seien, würden ihre Ansprüche geltend machen. Wahlgerechtigkeit wäre, der Sozialdemokratischen Partei drei Mandate zu überlassen.

«Die ganze Situation weist darauf hin, als schlössen sich die Bürgerlichen zu einem Block zusammen. Das Geraune, das man so hin und wieder hinter den Kulissen zu hören bekommt, deutet darauf hin.» Also wieder einmal ein Würgeblock. «Viktor Emil Scherer und Dr. Thalmann, Arm in Arm mit Rudolf Eichenberger und Dr. Peter, begleitet von Dr. Feigenwinter und Dr. Oeri. Freisinnige, Bürgerverbändler, Katholiken und Liberale von einer Idee entflammt: Kampf gegen die Sozialdemokratie!» Aber darüber seien die Sozialdemokraten nicht unglücklich, denn so «wird der Arbeiterschaft Basels Gelegenheit geboten, den grundsätzlichen Kampf mit ihren Klassengegnern aufzunehmen».

Woher hatte Schneider seine Informationen? Waren ihm Hinweise auf informelle Gespräche von bürgerlicher Seite zugetragen worden? War es sein politisches Gespür? Oder arbeitete er ganz bewusst auf eine Auseinandersetzung zwischen Links und Rechts hin? Wir wissen es nicht.

Der «Block» wird gezimmert

Hinweise auf die Bildung eines bürgerlichen Blocks finden sich weiterhin nur in sozialistischen Quellen. Offenbar waren die Genossen – oder war es Genosse Schneider allein? – gut informiert, auch über mögliche inoffizielle Vorgespräche zwischen den Führern der verschiedenen Rechtsparteien.

Am 4. September traf sich der sozialdemokratische Parteivorstand im Johanniterheim. Mit Entrüstung wurde an den «Mandatraub» vom Februar erinnert und eine «gebührende Vertretung» gefordert. Schneider wünschte die Aufstellung von drei Nationalrats- und des Ständeratskandidaten, machte allerdings einen wichtigen Vorbehalt: Würde es zu einem bürgerlichen Block kommen, so sollte eine volle

Liste aufgestellt werden. Als vorläufige Kandidaten beliebten einstimmig die Genossen Frei (bisher), Schneider und Dr. iur. Franz Welti. Eugen Wullschleger stelle sich nicht mehr zur Verfügung. Als Ständerat sollte der Fraktionspräsident Dr. Fritz Hauser vorgeschlagen werden².

Eine Woche später wurde der «Vorwärts» deutlicher: «Wie wir aus guter Quelle erfahren, wird unter den bürgerlichen Parteien mit Hochdruck auf einen Block hingearbeitet. Die Unterhandlungen, deren spiritus rector Herr V.E. Scherer sein soll, stehen vor dem Abschluss, und zwar auf folgender Grundlage»: Der Block verlange fünf Nationalratsmandate und den Ständeratssitz. Für die Sozialdemokraten lasse man «gnädigst» zwei Sitze frei. Die Liberalen würden zugunsten der Katholiken auf einen Nationalratssitz verzichten, bekämen aber dafür den Ständeratssitz. «Dieses Mandat soll Herrn Prof. Speiser angetragen werden.» Dr. Paul Scherrer verzichte. Fazit: «Bürgerliches Kuddelmuddel gegen unsere Partei.» (Basler Vorwärts 12.9.1917)

Auf diese Meldung reagierte einzig die katholische Tageszeitung, das «Basler Volksblatt», am 14.9.1917. Sie brachte den «Vorwärts»-Artikel in extenso und fügte folgenden Kommentar an: «Der Vorwärts hört offenbar das Gras wachsen; uns ist wenigstens von einem solchen bürgerlichen Block bis jetzt nichts Näheres bekannt. Sicher ist nur, dass das Zustandekommen eines solchen den Sozialdemokraten in Wirklichkeit nichts weniger als erwünscht wäre.»

Unwissenheit oder Scheinheiligkeit?

Denn auch die «Neue Zürcher Zeitung» wusste Neues zu berichten: «Dem Vernehmen nach will die sozialdemokratische Parteileitung nicht weniger als drei Nationalratssitze und das Ständeratsmandat für ihre Partei in Anspruch nehmen; die bisherigen zwei sozialdemokratischen Nationalräte sollen durch solche von schärferer Tonart ersetzt werden; Regierungsrat E. Wullschleger gedenke als Nationalrat zurückzutreten und von einer Wiederwahl des früheren Vorwärts-Redakteurs Joh. Frei soll Umgang genommen werden.» Neu würden Franz Welti und Friedrich Schneider vorgeschlagen, als Ständerat werde Fritz Hauser auf den Schild erhoben. (Neue Zürcher Zeitung 13.9.1917)

Am 17. September traf sich der Parteivorstand der Sozialdemokraten mit den Vertrauensmännern. Parteipräsident Arnold Jeggli hoffte in seinem einleitenden Referat auf eine gerechte proportio-

²SP-Archiv, wie Anm. 1, 4.9.1917.

nale Vertretung im Nationalrat, meinte dann aber: «Es ist ziemlich bestimmt, dass wir mit einem bürgerlichen Block zu kämpfen haben.» Es wurde noch keine volle Liste aufgestellt, obwohl der Quartierverein St. Alban und Genosse Wenk eine solche beantragten, und zwar «unbekümmert um das Zustandekommen eines bürgerlichen Blocks»³.

Auch an der Parteiversammlung vom 19. September geschah dies nicht. Doch wurde im Falle eines Bürgerblocks eine Änderung der Taktik in Aussicht gestellt: «Kampf auf der ganzen Linie»⁴.

Was aber wurde unterdessen auf der bürgerlichen Seite unternommen? Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die Freisinnigen und die Liberalen intensive Kontakte pflegten, ohne noch die kleineren Rechtsparteien einzubeziehen. Nicht nur den Katholiken war zu diesem Zeitpunkt – offiziell – «nichts Näheres bekannt», auch bei der Fortschrittlichen Bürgerpartei, deren Vorstand am selben 17. September tagte, war man unwissend. Im Protokoll ist jedenfalls vermerkt: «Die Sozialdemokraten beanspruchen nun mindestens drei Mandate und die Kath. Volkspartei will auch einen Sitz. Die Liberalen sollten freiwillig auf ein bisheriges Mandat verzichten können ... Wenn die Bürgerlichen sich nicht einigen können, werden die Sozialisten den Nutzen davon haben ... Auf Antrag des Herrn Max Brenner (Parteipräsident, M.) wird beschlossen, mit den bürgerlichen Parteien Fühlung zu nehmen zwecks gemeinsamem Vorgehen bei den kommenden Wahlen»⁵.

Die Bürgerpartei hatte natürlich alles Interesse an einem Bürgerblock. Ohne diesen würde ihr Kandidat Gelpke kaum wiedergewählt.

Die «Fühlung» kam bereits am 20. September zustande. Laut Protokoll der Kath. Volkspartei⁶ trafen sich am 20. September um halb zwölf Uhr je zwei Vertreter der vier Parteien (Freisinnige, Liberale, Katholiken, Bürgerpartei) zu einer Besprechung, und zwar «auf Anlass des Herrn Dr. Scherrer [V.E. Scherer]». Dies wird auch vom Protokoll der Bürgerpartei⁷ bestätigt.

³ A.a.O., 17.9.1917.

⁴ A.a.O., 19.9.1917.

⁵ Bürgerpartei-Archiv, wie Anm. 1, 17.9.1917.

⁶ CVP-Archiv, wie Anm. 1, 19.9.1917.

⁷ Bürgerpartei-Archiv, wie Anm. 1, 26.9.1917.

Kompromissvorschläge

Als Ergebnis dieser Sitzung resultiert ein Brief, den V. E. Scherer im Namen der vier bürgerlichen Parteien an Arnold Jeggli, den Präsidenten der Sozialdemokratischen Partei, verfasste:

«Die bürgerlichen Parteien schlagen der sozialdemokratischen Partei vor, hinsichtlich der bevorstehenden Wahlen in die Bundesversammlung in Unterhandlungen zu treten über die Aufstellung einer gemeinsamen Liste, und zwar auf der Grundlage, dass der gegenwärtige Besitzstand Ihrer Partei mit zwei Nationalratsmandaten aufrechterhalten und ferner ein Nationalratsmandat der Kath. Volkspartei überlassen wird.

Die bürgerlichen Parteien würden es im Hinblick auf die grossen Aufgaben der Kriegswirtschaft und der Kriegsfürsorge, deren wirksame Durchführung in Bund und Kanton das Zusammenarbeiten aller Klassen und Parteien zur Voraussetzung hat, begrüessen, wenn auf diese Weise ein Wahlkampf wie er sonst zu erwarten steht, vermieden werden kann.» (Basler Nachrichten Nr. 481, 23.9.1917)

Dies bedeutete, dass die Freisinnigen ihre zwei Sitze behalten würden, die Liberalen einen Sitz verlören und die Bürgerpartei und die Katholiken je einen Sitz erhielten. Offenbar wurde aber auch schon die Aufstellung einer gemeinsamen Liste ins Auge gefasst⁸.

Dieser Brief – für den «Vorwärts» bereits am 21. September Beweis für das bestehen eines Bürgerblocks – wurde dem sozialdemokratischen Parteivorstand am 23. September zur Kenntnis gebracht. «Da uns allergnädigst der bisherige Besitzstand von zwei Mandaten überlassen (wird), wird das Angebot mit Entrüstung zurückgewiesen⁹.» Nun wurde eine volle Liste aufgestellt. Kandidaten waren Johannes Frei, Franz Welti, Friedrich Schneider, Fritz Hauser, Emanuel Weber, Grossrat Mauriz Dubak und der Präsident des Arbeiterbundes Gustav Fautin. Als Ständerat sollte Arnold Jeggli nominiert werden.

Die am selben Tag einberufenen Vertrauensmänner billigten die Liste, wobei Friedrich Schneider am meisten Stimmen machte.

Ganz und gar nicht wohl scheint es den Katholiken bei diesem Verlauf der Dinge gewesen zu sein. Einerseits war ihnen wohl der neue Partner Freisinn immer noch nicht richtig sympathisch, andererseits waren sie, als unentwegte Verfechter des Proporz, mit dem Schreiben von V. E. Scherer offenbar nicht zufrieden.

⁸ A. a. O., 26.9.1917.

⁹ SP-Archiv, wie Anm. 1, 23.9.1917.

Auf jeden Fall tat sich die Delegiertenversammlung der Kath. Volkspartei vom 26. September schwer mit der Zustimmung zu den neuen Verhältnissen. In vierstündigen Verhandlungen kam man zur Ansicht, dass eine Blockbildung «unser politisches Leben vergifte ... und das Zusammenarbeiten ... unendlich erschwere.» Um einen heftigen Wahlkampf zu vermeiden und eine «Vergewaltigung der einen oder andern Gruppe zu ersparen», riet Dr. A. Joos, der Parteipräsident, im Auftrag der Delegierten den anderen Parteien, «sich auf eine Kandidatenliste zu verständigen, welche der sozialdemokratischen Partei drei, der liberalen einen, der freisinnig-demokratischen einen, der fortschrittlichen Bürgerpartei einen und der Kath. Volkspartei einen Vertreter in den Nationalrat gewährt». Der Wahlkampf wäre, wenn keine Einigung erzielt werden könne, auf das Ständeratsmandat zu beschränken. (Basler Volksblatt 29.9.1917)

Aus diesem Schreiben geht klar hervor, dass ein Bürgerblock mindestens formell noch nicht zustande gekommen war.

Doch für diesen Kompromissvorschlag war es offensichtlich zu spät. Von einer Reaktion der anderen bürgerlichen Parteien war nichts zu finden, und die Parteiversammlung der Sozialdemokraten vom 27. September¹⁰ reagierte kühl: «Für uns sind die Würfel gefallen.» Nun komme es zum Kampf zwischen «zwei ganz verschiedenen Weltanschauungen». Auf der einen Seite «der gestärkte Kapitalismus, auf der anderen Seite Not und Entbehrung».

Die Parteiversammlung genehmigt die Siebenerliste (statt Weber wird aber der Generalsekretär des Zugpersonalvereins, der Zürcher August Huggler, aufgestellt). Zu Diskussionen führt noch die Aufstellung des bisherigen Joh. Frei, eines Befürworters der Landesverteidigung. Nach Friedrich Schneider kommt es dabei zu «hitzigen Auseinandersetzungen». Welti soll Frei sogar zum Rücktritt aufgefordert haben, was dieser aber abgelehnt hat; er hatte noch genug Anhänger in der Partei.

Zur Schuldfrage

Der Ablauf der Ereignisse wirft Fragen auf. Provozierte der drohende Bürgerblock die Siebenerliste der Sozialdemokraten – oder provozierte die Siebenerliste im Gegenteil den Bürgerblock? «Eine neue Schuldfrage» betitelt Schneider einen entsprechenden Artikel in seiner Zeitung (Basler Vorwärts 2.10.1917), der diesbezügliche

¹⁰ A. a. O., 27.9.1917.

Vorwürfe in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 30.9.1917 zurückweist. Die Gegenseite korrigiert diese Darstellung im «Basler Volksblatt» (4.10.1917) und in der «National-Zeitung» (14.10.1917).

Die wichtigsten Passagen aus diesen Zeitungen – sie sind mit aller Vorsicht, als einseitige Parteinahmen, zu geniessen – lauten folgendermassen:

«Vorwärts»: Die Sozialdemokratische Partei verlangte zuerst, mit knappem Mehr der Parteiversammlung, gemäss Proporz, drei Sitze. Die Bürgerlichen aber gestanden ihr lediglich zwei zu. «Durch ihr Vorgehen sollten die Sozialdemokraten gezwungen werden, die bürgerliche Offerte abzulehnen; die Ablehnung aber wollte man als Rechtfertigung des längst geplanten und vorbereiteten bürgerlichen Blocks benutzen ... Auf das Angebot der Kath. Volkspartei konnte unsere Partei nicht eintreten, weil es eben nur von einem Glied des Bürgerblocks herrührte, und zwar von einem, das auch mithalf, den schmählichen Schererschen Vorschlag auszuknobeln.»

«Basler Volksblatt»: Wir erinnern nochmals daran, dass wir durchaus keine Freunde von Blockbildungen und auf Ausschlüsse hinzielenden Wahlkämpfe sind ... (Der ernsthafte Vermittlungsvorschlag) geschah zur rechten Zeit, viereinhalb Wochen vor den Wahlen ... Und dieser Schritt zerstörte die Legende vom bereits bestehenden bürgerlichen Block und gab es den Sozialdemokraten in die Hand, einen eventuell später sich bildenden unwirksam zu machen, da unsere Partei angesichts eines sozialdemokratischen Einlenkens sich einem solchen nicht mehr angeschlossen hätte.»

Rot und Schwarz Arm in Arm? Gleichsam in letzter Stunde taucht, nicht zum ersten Mal, die Möglichkeit dieser Konstellation auf. Ähnliches gab es schon 1893, bei der Kandidatur Wullschlegers als Nationalrat, und 1911, als die Katholiken vergeblich auf die Unterstützung Ernst Feigenwinters durch die Sozialdemokraten hofften¹¹.

Wahrscheinlich wurde der Vorschlag der Katholiken erst an der Delegiertenversammlung vom 26. September geboren, vermutlich auf Antrag des christlichsozialen Flügels. Leider weist gerade in diesen kritischen Wochen das Protokollbuch der Kath. Volkspartei eine beträchtliche Lücke auf. Immerhin ist von einem «furibunden Antisozialismus» der Katholiken, wie ihn Hanspeter Schmid unterstellt¹²,

¹¹ Paul Meier-Kern, Zwischen Isolation und Integration, Geschichte der Katholischen Volkspartei Basel-Stadt 1870–1914, Basel 1997 (175. Neujahrsblatt der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige), S. 71 und 99.

¹² Hanspeter Schmid, Krieg der Bürger, Zürich 1980, S. 69.

wenig zu spüren. Ein «schwarz-roter Block» hätte jedoch reelle Chancen gehabt: die beiden Parteien erreichten bei den Grossratswahlen fast 57% der Stimmen. Doch vermutlich hätten weder echte Schwarze noch echte Rote an diesem Bündnis Freude gehabt... Und der Freisinn hätte mit Sicherheit einen Sitz verloren.

Dazu die «National-Zeitung»: «Sie [die SP] tut mit einer Ausrede auch das Verständigungsangebot der Kath. Volkspartei ab, das sich genau auf dem Boden der proportionalen Ansprüche bewegte und dessen Annahme gemäss den Wahlziffern der Grossratswahlen den sichern Sieg einer Verständigungsliste bedeutet hätte.»

Genau diese Überlegung mag V.E. Scherer bewogen haben, beizugehen den «Block» zu planen. Auf der Gegenseite suchte die militante Linke wohl auch die Auseinandersetzung: «Wir setzten eine volle Liste mit sieben Namen durch», gesteht Friedrich Schneider offen in seinen «Erinnerungen»¹³. Behauptung steht gegen Behauptung: Die Bürgerlichen wurden zum Block «gedrängt» (Basler Volksblatt 4.10.1917), «genötigt» (Basler Nachrichten 13.10.1917) – andererseits meint M. Bolliger «Offen bleibt, ob die bürgerlichen Parteien darauf spekulierten, dass die Sozialisten das Abkommen [V.E. Scherers] zurückweisen würden, und ob sie deren Ablehnung als Rechtfertigung des längst geplanten Blocks zu benützen gedachten»¹⁴.

Vermutungen:

- Scherer befürchtete bürgerliche Sitzverluste auf Grund der Grossratswahlen; der bürgerliche Erfolg bei der Wahl Gelpkes bewog ihn schon frühzeitig, einen Bürgerblock zumindest ins Auge zu fassen.
- Der linke Flügel der Sozialdemokraten hoffte nach dem Erfolg bei den Grossratswahlen wegen der zunehmenden Militärverdrossenheit auf weitere Anhängerschaft. Damit wäre eine rote Mehrheit in Sichtweite gerückt. Für diese Interpretation spricht auch Schneiders Äusserung in seinen Erinnerungen.
- Der Vorschlag der Kath. Volkspartei kam sowohl dem kämpferischen Flügel der Sozialdemokratie als auch den Bürgerlichen, und hier vor allem dem Freisinn, ungelegen und wurde zu beider Befriedigung abgelehnt.

¹³ Friedrich Schneider, Hieronymus Roggenbachs Erlebnisse, Basel 1943/59, S. 103.

¹⁴ Markus Bolliger, Die Basler Arbeiterbewegung im Zeitalter des Ersten Weltkrieges und der Spaltung der Sozialdemokratischen Partei, Basel 1970, S. 67.

Fazit: Die Frage nach dem Schuldigen ist müssig. Es ist zu einfach, dem einen oder andern der Kontrahenten den Block in die Schuhe zu schieben. Die Polarisierung lag sowohl im Interesse der Bürgerlichen – Angst vor dem Verlust der Mehrheit – als auch eines beträchtlichen Teils der Sozialisten – Hoffnung auf ein «rotes Basel».

Der Block steht

Schon wenige Tage nach der ersten Sitzung vom 20. September trafen sich die Vertreter der Bürgerlichen erneut, möglicherweise jetzt unter Beizug der kleinen Demokratischen Partei. Gerne hätte die Bürgerpartei einen zweiten Sitz beansprucht, doch wurden «Bedenken vorgebracht, wonach ein Bürgerblock dadurch in Frage gestellt sein könnte, falls derselbe zu sehr nach rechts orientiert wäre»¹⁵.

Vielleicht schon in derselben Sitzung wurde eine «Absterbeordnung» festgelegt: «Falls im ersten Wahlgang bereits Mandate auf die Sozialdemokraten entfallen, so haben für den 2. Wahlgang für die Anzahl der erledigten Mandate der Reihe nach von den Kandidaten des Nationalen Blocks zurückzutreten: zuerst ein Liberaler, dann ein Freisinniger, als dritter der Demokrat, als vierter der Katholik, als fünfter der Bürgerpartei-Kandidat, als sechster der 2. Freisinnige, so dass als siebter und letzter Kandidat der liberale Professor Dr. Paul Speiser verbliebe»¹⁶.

Die Konstituierung der bürgerlichen Allianz war nun eine blosse Formsache. Am 4. Oktober beschlossen die Vertrauensmänner der Freisinnigen und der Liberalen, der Katholiken, der Fortschrittlichen Bürgerpartei und der Demokraten, «unter dem Namen Nationaler Block gemeinsam in den Wahlkampf einzutreten». (Basler Volksblatt 5.10.1917) Den kämpferischen Namen «Nationaler Block» steuerte der Kandidat der Demokraten, der dem Freisinn nahestehende Dr. Oskar Schär, bei¹⁷.

Während des Monats Oktober und bis Mitte November spielte sich nun ein äusserst heftiger Wahlkampf ab, dessen Thema vor allem die Landesverteidigung war.

¹⁵ Archiv der Bürgerpartei, wie Anm. 1, 26.9.1917.

¹⁶ A. a. O., 10.12.1917.

¹⁷ Leo Hänggi, 50 Jahre Katholische Volkspartei Baselstadt, Basel 1955, S. 49.

Folgen

1. Die Katholiken hatten eindeutig Stellung bezogen: Aus der «Partei der Mitte», die das Zünglein an der Waage, den Schiedsrichter über die Geschehnisse des Kantons» spielen würde¹⁸, war nun eine bürgerliche Partei geworden.
2. Der Wahlausgang bestimmte die polarisierende Entwicklung der folgenden Monate und Jahre mit.
3. Basel behielt bis 1935 eine bürgerliche Mehrheit.

Paul Meier-Kern
Seltisbergerstrasse 67
4059 Basel

¹⁸Carl Christoph Burckhardt, *Schriften und Vorträge*, Basel 1917, S. 146 und 147.